

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

## Bezirk des Amtsgerichts Eisenstock und dessen Umgebung.

**Abonnement**  
viertelj. 1 M. 50 Pf. einschließl.  
des „Illustr. Unterhaltungsbl.“  
u. der Humor. Beilage „Seifen-  
blasen“ in der Expedition, bei  
unseren Boten sowie bei allen  
Reichspostanstalten.

Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eisenstock.

56. Jahrgang.

Dienstag, den 30. November

**Erscheint**  
täglich abends mit Ausnahme der  
Sonn- und Feiertage für den fol-  
genden Tag. Insertionspreis:  
die kleinspaltige Zeile 12 Pf. Im  
amtlichen Teil die gespaltene  
Zeile 30 Pf.

Verantwortlicher Hr. 210.

**N 168.**

**1909.**

### Viehzahlung am 1. Dezember 1909.

Zum Nachweise der Größe des im Lande vorhandenen Viehstandes und des Umfanges der Fleischherzeugung findet am **1. Dezember dieses Jahres** eine beschränkte **Viehzählung** statt. Mit der Aufnahme ist zugleich die übliche Aufzeichnung der Pferde und Rinder nach der Verordnung vom 4. März 1881 verbunden.

Die Zählung erfolgt **nach dem Stande vom 1. Dezember**. Mit der Aufzeichnung sind die Schutzleute beauftragt.

Die Viehbesitzer werden um wahrheitsgetreue Angaben ersucht.

Stadttrat Eisenstock, den 24. November 1909.

Hefe.

M.

### Zur Gröfßnung des Reichstages.

Der Reichstag beginnt am 30. November eine neue Session. Die Arbeiten, die ihn erwarten, werden kaum etwas enthalten, was geeignet wäre, die Parteigegegensätze, die beim Abschluß der Finanzreform hervorgetreten und seitdem in Wort und Schrift mehr als genug behandelt worden sind, weiter zu verschärfen. Die Aufgaben, die zu lösen sind, gehören Gebieten an, auf denen sich die Parteileidenchaften nicht zu betätigen pflegen.

Vor allem kommt es darauf an, in dem Reichshaushalt für 1910 mit Hilfe der durch die Finanzreform geschaffenen neuen Einnahmen das Gleichgewicht herzustellen und die finanzielle Stellung des Reichs zu befestigen. Bei Aufstellung der Ausgaben ist unter Zurückdrängung mancher an sich wünschenswerten Dinge mit ganz besonderer Sparsamkeit verfahren worden, so daß die Parteien, die zwar über die Höhe des Bedarfs einig, bei der Auswahl der neuen Steuern aber in Feindschaft geraten waren, im neuen Etat keinen Anlaß zur Fortsetzung des Streites finden werden.

Neben dem Etat wird die meiste Arbeit die Reichsversicherung in Anspruch nehmen. Durch sie sollen nicht nur die verschiedenen Gesehe über, die Versicherung der Arbeiter einheitlich zusammengefaßt, sondern es soll auch die bestehende soziale Fürsorge auf land- und hauswirtschaftliche Arbeiter und auf die Witwen und Waisen ausgedehnt werden. Hier gibt es mancherlei starke Meinungsverschiedenheiten, nicht nur zwischen den Parteien, sondern auch innerhalb einzelner Parteien. Sie sind vorwiegend sachlich-praktischer Natur und werden darum die Parteilage im allgemeinen wenig beeinflussen.

Was, abgesehen von dem Streit über Vergangenes, namentlich über die Schulfrage beim Zerfall des alten Bundes, die Parteigeister am meisten erregt, ist die Frage der Wahlreform in Preußen. Nachdem durch eine preußische Thronrede eine Wahlreform angekündigt worden ist, wird diese auch nun in Angriff genommen werden müssen. Ohne Zweifel wird dieses Thema von Rednern der Linken schon bei der Etatsdebatte im Reichstage berührt werden. Wir halten es jedoch für ausgeschlossen, daß der neue Reichskanzler sich auf eine Erörterung hierüber einlassen und Aufschlüsse über das, was etwa die preußische Regierung zu tun sich entschlossen hat, geben werde. Die Frage gehört nicht vor den Reichstag, und mag die Art ihrer Lösung auch einwirken auf das Verhältnis der Parteien im Reichstage zueinander, so ist doch die Lösung selbst ausschließlich die Sache Preußens und als solche jeder Einwirkung des Reichstages entzogen.

### Tagesgeschichte.

#### Deutschland.

— Stapellauf der „Thüringen“. Das Linienschiff „Ersah Beowulf“ ist Sonnabend nachmittag auf der Werft der Aktien-Gesellschaft Weser in Gröpelingen glücklich vom Stapel gelaufen. Der Großherzog von Sachsen hielt die Taufrede. Die Herzogin von Sachsen-Altenburg taufte das Schiff auf den Namen „Thüringen“.

— Der sozialdemokratische Wahlsieg in Halle a. S. Konnte der Sieg des konservativen Kandidaten in Landsberg a. M. Soldin nicht vollkommen befriedigen, weil nicht alle bürgerlichen Parteien geschlossen gegen den Sozialdemokraten auftraten, so muß der sozialdemokratische Wahlsieg in Halle a. S. um so tiefer bedauert werden, als hier wirklich alle bürgerlichen Parteien zusammengingen und es gleichwohl nicht fertig brachten, dem freisinnigen Kandidaten Reimann zum Siege zu verhelfen. Schuld an dem Erfolge der „Genossen“ trägt ohne Zweifel die Laune der bürgerlichen Wähler, von denen diesmal knapp 22 000 an der Wahlurne erschienen, während bei den allgemeinen Wahlen des Jahres 1907 nicht weniger als 25 249 bürgerliche Stimmen abgegeben worden waren, daß der Sozialdemokrat vor nahezu drei Jahren nur etwa 22 000 und jetzt über 26 000 Stimmen er-

hielt, ist kein Grund zu der Annahme, daß Konservative oder Mitglieder des Bundes der Landwirte gegen den freisinnigen und für den sozialdemokratischen Kandidaten gestimmt hätten. Die Zahl der Wähler hat sich in den annähernd drei Jahren doch vermehrt. Die bürgerlichen Parteien haben jetzt aber ganz besonderen Anlaß zur Rührigkeit, da die Verärgerung weiter Volkstheile infolge der Finanzreform usw. doch eine recht starke ist. — Die sozialdemokratischen Organe sind über den Wahlsieg des Genossen Kunert ganz aus dem Häuschen und zeigen damit, daß sie ihn nicht erwartet hatten. Ueber das Wahlergebnis äußern sich die bürgerlichen Blätter mit tiefer Erbitterung. So sagt die „Tägl. Rundsch.“: Der Fall in Halle gibt im besonders ersten Maße zu denken. Das Bürgerertum hat eine Niederlage erlitten, die alles bisherige in den Schatten stellt, und die ganz allein dadurch zu erklären ist, daß die Partei der Indifferenten, die der nationale Clan 1907 für die bürgerliche Sache mit Fortriß, diesmal Mann für Mann in das sozialdemokratische Lager marschiert ist, weil sie das Vertrauen zu den bürgerlichen Parteien verloren haben. Das Blatt macht die Haltung der Konservativen im Kampfe um die Finanzreform für diesen wie für die andern sozialdemokratischen Wahlsiege der jüngsten Zeit verantwortlich. Die „Nordb. Allg. Ztg.“ will erst nähere Darlegungen aus dem Wahlkreise selbst abwarten, ehe sie ein Urteil fällt.

— Reichstagsersatzwahl in Eisenach-Deimbach. Nachdem der durch die Triolen-Affäre als Abgeordneter unzulässig gewordene bisherige Vertreter von Eisenach-Deimbach, Schad, sein Mandat endlich niedergelegt hat, steht in dem genannten Kreise eine Ersatzwahl bevor. Da die Zahl der Anhänger der Wirtschaffl. Vereinigung, deren Kandidat Schad war, erheblich zurückgegangen ist, so werden am Tage der Ersatzwahl ein Freisinniger und ein Sozialdemokrat um die Palme zu ringen haben.

— Ein neuer Kriegshelm soll bei der Infanterie eingeführt werden. Er ist aus einem grünen Stoff, ähnlich dem bei der Maschinengewehrabteilung gebräuchlichen gefertigt. Auch bei diesem Helm ist die vielangegriffene Spitze beibehalten, wird aber im Gefechte abgeschraubt. Sie und der übrige Beschlag sind matt bronziert, können also nicht mehr durch Blinken zum Verräter werden. Das Praktische aber an dem neuen Helm ist, daß die beiden Schirme vorn und hinten aufgeschlappt werden können. Bei der neuen Kampfesweise wird fast nur noch im Liegen gefeuert, und dabei fühlten die Schirme des alten Helms viel zu Untraglichkeiten, indem sie teils gegen das Gepäck schlügen, teils den freien Ausblick des Schützen hemmten. Beim nunmehrigen Kriegshelm ist das vermieden. Dieser neue Helm wird gegenwärtig den Regimentskammern einer Anzahl Infanterieregimenter zum Ausprobieren überwiesen.

— Im Kieler Wertprozess nehmen die Verhandlungen oft eine so humoristische Wendung, daß das im Gerichtsbericht häufig wiederkehrende Wort „Heiterkeit“ sehr begreiflich erscheint. In der Tat war die letzte große Auseinandersetzung zwischen den Sachverständigen und den Angeklagten über die Gepllogenheiten im Altfeisenhandel überreich an komischen Stellen. Die Sache hat aber auch ihre ernste Seite. Durch den Kieler Prozess ist festgestellt worden, daß nicht bloß die Verwaltung der kaiserlichen Wert ihrer Reform dringend bedurfte, es ist auch festgestellt worden, daß gewisse Teile des kaufmännischen Gewerbes in Zukunft etwas mehr als bisher unter die Beobachtung der Gerichte gestellt werden müssen. Man ergöbte sich an folgenden besonders bezeichnenden Stellen: Altfeisenhändler Felix Cohn-Berlin als freiwilliger Zeuge bekundete, daß die Bahn mit ihren Gewichtsen nicht zuverlässig sei. Meistens hätten die Angeklagten der Bahn auch gar keine Zeit dazu, genau zu wegen, selbst wenn sie es wollten. Von der Durcheinanderwerfung guter und schlechter Altmaterialien bekundete der Zeuge, daß dies allgemein üblich sei, das sei ähnlich wie beim Gutsbesitzer, der auch billiges und gutes Getreide mische. Hier ereignet sich ein kleiner Zwischenfall,

als der Geschworene Gemeindevorstand Boß-Wesselburen die Worte des Zeugen als Beleidigung der Landwirtschaft bezeichnete. Cohn erklärte, daß er nur an den Getreidehandel gedacht habe. Frankenthal, der Angeklagte, behauptete, daß im Altfeisenhandel von 20 Händlern neunzehn mischen, und daß der zwanzigste es auch tut, aber es bloß nicht sagt. Der Sachverständige Kaufmann Sauer-Berlin erklärte dagegen, es sei geradezu eine Schande für den Altfeisenhandel, wenn so etwas öffentlich gesagt werde. Es sei ja leider Tatsache, daß solche Grundätze im Altfeisenhandel herrschten, anständige Kaufleute hielten sich aber an andere Grundätze. Frankenthal blieb einen Augenblick nicht schuldig und erwiderte, daß gerade in Berlin so viel schlechte Ware gemischt werde, daß die Kieler Händler die reinen Waisentuben dagegen wären. Der Zeuge Kaufmann Kern bekundete, er habe gelernt, daß man aus 100 Tonnen Späne 135 Tonnen mischen könne, bei Weber in Bochum habe er das gelernt. Der Angeklagte Jacobsohn fragte, ob der Zeuge wisse, was der Sohn dieses Weber sei? Kern antwortete, er sei Gerichtsassessor. Jacobsohn antwortete: „Das ist nicht richtig, der Betreffende ist Staatsanwalt!“ Auch das mit Spannung erwartete Gutachten des Gerichtschemikers Prof. Dr. Jesarich liegt nunmehr vor. Bei den Briefen u. Abrechnungen des Angeklagten Frankenthal sind vier verschiedene Tinten in Frage gekommen, unter ihnen ist eine Tinte, die der im Untersuchungsgefängnis des Kieler Landgerichts völlig gleichartig ist. — Die Frage, ob der Angeklagte Frankenthal tatsächlich Briefe gefälscht hat, ist noch nicht gelöst, man muß noch weiteres abwarten.

— Sturm in der bayerischen Abgeordneten-kammer. Bei der Beratung des Umlagegesetzes zum Einkommensteuergesetz überstimmt die aus Konservativen und Zentrum bestehende Mehrheit die liberale Minderheit. Die Sitzung, die unter gewaltigem Lärm verlief, mußte schließlich abgebrochen werden, da der Führer der Nationalliberalen erklärte, seine Freunde müßten sich erst darüber schlüssig machen, ob sie unter solchen Umständen sich überhaupt noch an der Beratung beteiligen könnten.

#### Frankreich.

— König Manuel von Portugal hat den Hof Englands verlassen und wohnt seit Sonnabend in Paris, das er wahrscheinlich am Mittwoch wieder verlassen wird. Politische Motive sind dem Besuch nicht beizulegen, immerhin munkelt man, daß der König sich für das Zustandekommen eines portugiesisch-französischen Handelsvertrages verwenden will.

#### Spanien.

— General Marina erklärte den Krieg in Marokko für beendet, da er auf seinem jüngsten Vorstoß keinem Widerstande seitens der Rifstahlen mehr begegnete. Ob die Sache damit erledigt ist, bleibt abzuwarten.

#### England.

— Die Abwehr einer möglichen Invasion. Das ist die Generalidee der ganzen englischen Kriegskunst. Im nächsten Sommer soll Blättermeldung zufolge die ganze Territorialarmee mobilisiert werden, um einer von der regulären Armee mit Transportschiffen dargestellten Invasion zu begegnen. In London sollen zudem in nächster Zeit schon die Wirkungen von aus Luftschiffen herabgeworfenen Bomben studiert werden. Man sieht, Reservist ist ein schwer zu heilendes Uebel.

#### Dänemark.

— Der sozialdemokratische Bürgermeister in Kopenhagen. Die Nachricht, daß der Genosse P. Knudsen (seines Zeichens früher Handwerksmeister) zum Bürgermeister in Kopenhagen gewählt sei, ist in dieser Form unrichtig. Knudsen, der in Deutschland sehr bekannt ist, und den man als Leiter der politischen Organisation den Titel „Der dänische Bebel“ beigelegt hat, ist seit 20 Jahren Folketingsabgeordneter und seit 12 Jahren Stadtverordneter. Er ist in seinen Formen ein außerordentlich liebenswürdiger